

Positionierung

Initiator*innen: Bundesvorstand

Titel: Ökonomische Eigenständigkeit von Frauen und geschlechtergerechte Wirtschaftspolitik

Einleitung

Die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen ist eine zentrale Voraussetzung für Gleichstellung, gesellschaftliche Teilhabe und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Frauen sind weiterhin strukturell benachteiligt, wenn es um Einkommen, Vermögen und soziale Absicherung geht: Sie verdienen im Durchschnitt weniger als Männer, haben ein geringeres Vermögen und leben häufiger in Armut, insbesondere wenn sie alleinerziehend sind oder im Alter. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Frauen sich seltener wirtschaftlich eigenständig fühlen und es de facto auch sind.

Die Ursachen dafür liegen nicht allein in individuellen Entscheidungen, sondern in strukturellen Rahmenbedingungen von Arbeitsmarkt, Steuer- und Sozialpolitik sowie der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit. Gesetze und Strukturen beeinflussen maßgeblich, wie Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern verteilt sind und welche wirtschaftlichen Handlungsspielräume Frauen haben.

Ökonomische Eigenständigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung. Wer finanziell abhängig ist, ist strukturell verwundbar – sowohl innerhalb von Partnerschaften als auch im Hinblick auf Lebensentscheidungen, berufliche Entwicklung und soziale Absicherung. Wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern reproduziert daher auch Machtungleichheiten. Geschlechtergerechtigkeit bleibt unvollständig, solange Frauen nicht über die gleichen wirtschaftlichen Ressourcen und Handlungsspielräume verfügen wie Männer.

Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik muss deshalb die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen systematisch stärken. Dazu gehört unter anderem, Erwerbsarbeit und Sorgearbeit besser miteinander vereinbar zu machen, Fehlanreize im Steuer- und Transfersystem abzubauen und gleiche wirtschaftliche Chancen über den gesamten Lebensverlauf hinweg zu ermöglichen.

Diese Positionierung des kfd-Bundesverbandes knüpft an das Positionspapier „Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“ an. Sie zeigt zentrale strukturelle Hindernisse für die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen auf und formuliert Forderungen und Handlungsempfehlungen, um die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen zu stärken und die Wirtschaftspolitik in Deutschland geschlechtergerecht zu gestalten.

1. Geschlechtersensible und datenbasierte Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik ist nicht geschlechtsneutral. Politische Entscheidungen und wirtschaftliche Maßnahmen wirken auf Frauen und Männer oft unterschiedlich. Jedoch fehlen über diese Unterschiede weiterhin belastbare Daten und systematische Analysen.

Wenn politische Entscheidungen ohne solche Analysen getroffen werden, können bestehende Ungleichheiten unbeabsichtigt verstärkt werden. Investitionsprogramme, Konjunkturmaßnahmen oder Förderprogramme kommen häufig Branchen zugute, in denen überwiegend Männer beschäftigt sind, während Beschäftigungsbereiche mit hohem Frauenanteil seltener im Fokus wirtschaftspolitischer Förderung stehen.

Besonders deutlich wird das Ungleichgewicht bei der Anerkennung des wirtschaftlichen Wertes von unbezahlter Sorgearbeit. Diese wird zu einem großen Teil von Frauen geleistet, bleibt aber in den zentralen wirtschaftlichen Kennzahlen weitgehend unsichtbar, obwohl die Übernahme unbezahlter Sorgearbeit eine zentrale Grundlage für das Funktionieren unserer Gesellschaft und Wirtschaft ist.

Die kfd fordert daher:

- **Geschlechterdifferenzierte Daten verbessern:** Ausbau der Datenerhebung zu den gleichstellungsrelevanten Auswirkungen bestehender Wirtschafts-, Finanz- und Sozialgesetzgebung sowie der Wirtschaftsleistung von Frauen.
- **Geschlechterwirkungen systematisch prüfen:** Einführung verbindlicher

Gleichstellungs- bzw. Gender-Impact-Analysen für wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen.

- **Gender Budgeting stärken:** Öffentliche Haushalte regelmäßig systematisch daraufhin überprüfen, wie Mittel zwischen den Geschlechtern wirken, um eine geschlechtergerechte Verteilung der Ressourcen sicherzustellen.
- **Investitionspolitik diversifizieren:** Wirtschaftspolitische Förderprogramme, Investitionsprogramme und Forschungsgelder sollen stärker in Branchen mit hohem Frauenanteil und zur Förderung der Gleichstellung eingesetzt werden.
- **Geschlechtergerechte Vergabepaxis:** Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge entwickeln, die Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung berücksichtigen

2. Fehlanreize in Steuer- und Transfersystemen

Steuer- und sozialpolitische Regelungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit innerhalb von Haushalten. In Deutschland begünstigen zentrale Regelungen nach wie vor eine traditionelle Arbeitsteilung, bei der in heterosexuellen Partnerschaften meist der Mann einen Großteil des Einkommens erwirtschaftet, während die Frau häufig nur in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt ist.

Instrumente wie das Ehegattensplitting, die Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung oder die beitragsfreie Mitversicherung schaffen kurzfristig finanzielle Anreize, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu reduzieren oder in Teilzeit zu stabilisieren. Diese Strukturen mögen kurzfristig attraktiv erscheinen, haben jedoch langfristig negative Auswirkungen auf Einkommen, Karrierechancen und Altersvorsorge von Frauen. Sie fördern eine Verfestigung der Ungleichheit, indem sie Anreize schaffen, die Erwerbstätigkeit von Frauen dauerhaft zu begrenzen. Das führt zu einer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und Einschränkung der ökonomischen Eigenständigkeit.

Die kfd fordert daher:

- **Fehlanreize im Steuerrecht abbauen:** Reform des Ehegattensplittings hin zu

87 einem Modell, das individuelle Erwerbstätigkeit stärker fördert.

- 88 • **Minijob-Strukturen überwinden:** Geringfügige Beschäftigung in
89 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen.

- 90 • **Individuelle soziale Absicherung stärken:** Systeme der sozialen Sicherung
91 so reformieren, dass eigenständige Ansprüche gestärkt und Teilzeitarbeit
92 sowie erwerbsfreie Phasen für Erziehung, Pflege und Sorgearbeit
93 verlässlich abgesichert werden. Dabei ist sicherzustellen, dass
94 sorgearbeitende Personen durch tragfähige, armutsfeste und
95 geschlechtergerechte Regelungen geschützt werden.

- 96 • **Erwerbstätigkeit von Zweitverdienenden fördern:** Steuer- und
97 Transfersysteme so gestalten, dass zusätzliche Erwerbsarbeit finanziell
98 attraktiv bleibt.

99 3. Geschlechterungleichheiten am Arbeitsmarkt

100 Strukturelle Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt tragen wesentlich zur
101 wirtschaftlichen Benachteiligung von Frauen bei. Frauen sind
102 überdurchschnittlich häufig im Niedriglohnsektor beschäftigt, arbeiten häufiger
103 in Teilzeit und sind seltener in Führungspositionen vertreten. Zwischen Männern
104 und Frauen bestehen weiterhin deutliche Lohnunterschiede.

105 Hinzu kommt die strukturelle Unterbewertung von Branchen mit hohem Frauenanteil,
106 etwa im sozialen, erzieherischen und pflegerischen Bereich. Tätigkeiten mit
107 hoher gesellschaftlicher Bedeutung werden häufig schlechter entlohnt als
108 vergleichbare Tätigkeiten in männerdominierten Branchen.

109 Diese Faktoren wirken sich über den gesamten Lebensverlauf aus und führen dazu,
110 dass Frauen im Durchschnitt geringere Einkommen erzielen und geringere Vermögen
111 aufbauen können.

112 Die KfD fordert daher:

- 113 • **Entgeltgleichheit stärken:** Verbesserung der Entgelttransparenz und
114 wirksame Instrumente zur Durchsetzung gleicher Bezahlung für gleichwertige

Arbeit.

- **Aufstiegschancen verbessern:** Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Führungspositionen weiterentwickeln und eine verbindliche Durchsetzung der Frauenquote in Unternehmen und Vorständen auf allen Ebenen.
- **Soziale Berufe aufwerten:** Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Bezahlung in sozialen, erzieherischen und pflegerischen Berufen.
- **Vollzeit und vollzeitnahe Beschäftigung erleichtern:** Arbeitszeitmodelle fördern, die eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglichen.

4. Ungleiche Verteilung von Sorgearbeit

Unbezahlte Sorgearbeit bildet ein grundlegendes Fundament der Wirtschaft. Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen und Haushaltsarbeit sichern das Funktionieren von Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Dennoch wird diese Arbeit ökonomisch kaum sichtbar gemacht und überwiegend von Frauen übernommen.

Frauen reduzieren deshalb deutlich häufiger ihre Erwerbstätigkeit oder unterbrechen ihre Erwerbsbiografie. Gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle Defizite in der Infrastruktur für Kinderbetreuung und Pflege. Ohne ausreichende öffentliche Angebote werden Sorgeaufgaben häufig innerhalb von Familien organisiert – meist zulasten der Erwerbstätigkeit von Frauen. So können Frauen häufig nicht in dem Umfang erwerbstätig sein, wie sie es gerne wären, und sie fehlen auch als Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt.¹⁰

Diese ungleiche Verteilung von Sorgearbeit ist ein zentraler Faktor für Einkommensunterschiede, geringere Karrierechancen und langfristige Unterschiede in der sozialen Sicherung.

Die kfd fordert daher:

- **Care-Infrastruktur ausbauen:** Verlässliche und qualitativ hochwertige Angebote für Kinderbetreuung und Pflege flächendeckend ausbauen.

- **Sorgearbeit partnerschaftlicher verteilen:** Anreizstrukturen in Elternzeit- und Pflegezeitregelungen stärken, die eine gleichmäßigere Aufteilung fördern.
- **Zeitpolitische Rahmenbedingungen verbessern:** Arbeitszeitmodelle fördern, die Erwerbsarbeit und Sorgearbeit besser vereinbar machen.
- **Sorgearbeit gesellschaftlich aufwerten:** Die wirtschaftliche Bedeutung von Care-Arbeit stärker sichtbar machen, als Faktor für die Wirtschaftsleistung berücksichtigen und in die politische Entscheidungsfindung einbeziehen.
- **Haushaltsnahe Dienstleistungen fördern:** Einführung eines Gutscheinmodells für haushaltsnahe Dienstleistungen, um Familien zu entlasten und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zu schaffen.

5. Langfristige Folgen für Einkommen, Vermögen und Alterssicherung

Die genannten strukturellen Faktoren wirken kumulativ über den gesamten Lebensverlauf. Geringere Erwerbseinkommen, häufigere Teilzeitbeschäftigung und Erwerbsunterbrechungen führen zu deutlich niedrigeren Lebenseinkommen von Frauen. Dadurch können Frauen weniger Vermögen aufbauen und erwerben geringere Ansprüche in der Alterssicherung.

Das Ergebnis ist eine erhebliche geschlechtsspezifische Lücke bei Renteneinkommen. Frauen sind daher überdurchschnittlich häufig von Altersarmut betroffen. Besonders hoch ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende sowie für Frauen mit langen Phasen reduzierter Erwerbstätigkeit.

Die kfd fordert daher:

- **Lebensverlaufsperspektive stärken:** Gleichstellungspolitik stärker an langfristigen ökonomischen Folgen von Erwerbsentscheidungen ausrichten.
- **Rentenlücken reduzieren:** Maßnahmen zur besseren Absicherung von Sorgezeiten und Erwerbsunterbrechungen weiterentwickeln.

- **Eigenständige Alterssicherung fördern:** Strukturen schaffen, die kontinuierliche und existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglichen.

- **Armutsrisiken gezielt reduzieren:** Besondere Unterstützung für Alleinerziehende und Frauen mit niedrigen Einkommen.

Fazit: Ökonomische Eigenständigkeit als Schlüssel für Gleichstellung und wirtschaftliche Stärke

Die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen ist eine zentrale Voraussetzung für tatsächliche Gleichstellung. Sie ermöglicht Selbstbestimmung, reduziert strukturelle Abhängigkeiten und stärkt gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig ist sie von großer Bedeutung für eine leistungsfähige und zukunftsfähige Volkswirtschaft. Wenn Frauen ihre Qualifikationen, Kompetenzen und Erwerbspotenziale uneingeschränkt einbringen können, profitieren Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft insgesamt.

Die bestehenden wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern sind kein Zufall. Sie entstehen aus strukturellen Rahmenbedingungen, politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Erwartungen, die Erwerbsarbeit, Einkommen und Sorgearbeit weiterhin ungleich verteilen. Solange diese Strukturen fortbestehen, bleibt ökonomische Eigenständigkeit für viele Frauen schwer erreichbar.

Eine geschlechtergerechte Wirtschaftspolitik muss diese Zusammenhänge konsequent berücksichtigen. Dazu gehören Reformen im Steuer- und Transfersystem, eine gerechtere Bewertung von Arbeit, bessere Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit über den gesamten Lebensverlauf sowie eine stärkere gesellschaftliche und wirtschaftliche Anerkennung von Sorgearbeit.

Die Stärkung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen ist keine Einzelmaßnahme, sondern eine Querschnittsaufgabe für Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik. Sie erfordert politische Priorität, strukturelle Reformen und eine konsequente Ausrichtung wirtschaftspolitischer Entscheidungen an Gleichstellungszielen.

Mit dieser Positionierung setzt sich die kfd dafür ein, dass die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen nicht länger ein Wunsch bleibt, sondern Realität wird. Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die den strukturellen Barrieren entgegenwirkt und eine echte Gleichstellung der Geschlechter fördert. Nur durch

201 gezielte politische Maßnahmen, die die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen
202 stärken, können wir eine gerechtere und zukunftsfähige Gesellschaft aufbauen, in
203 der alle Menschen – unabhängig vom Geschlecht – gleichberechtigt an Wirtschaft
204 und Gesellschaft teilhaben.